

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 99 (2002)
Heft: 6

Artikel: Familienpolitik mit vereinten Kräften vorantreiben
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840335>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Familienpolitik mit vereinten Kräften vorantreiben

Die von den Sozialvorständen von 41 Städten gebildete Städteinitiative will eine sozialere Familienpolitik. Dafür wird sie sich inskünftig mit anderen Organisationen vernetzen. An der von Bundesrätin Ruth Dreifuss besuchten Mai-Konferenz in Lausanne waren zudem die Grundrechte der «Sans-papiers» ein wichtiges Thema.

Die Städteinitiative setzt sich mit Nachdruck für eine sozialere Familienpolitik ein. Ihre wichtigsten Postulate sind Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, bundesrechtlich geregelte Kinderzulagen und ein Splitting bei der Familienbesteuerung: Damit sollen Familien finanziell entlastet und die wachsende Familienarmut eingedämmt werden. Bundesrätin Dreifuss nahm an der Mai-Konferenz der Städteinitiative teil und stellte in ihrem Referat die Familienpolitik des Bundes vor. Es zeigte sich, dass die Sozialministerin des Bundes und die Städte in der Analyse grundsätzlich übereinstimmen, während Dreifuss bei den konkreten familienpolitischen Postulaten differenzierte.

Ernst Wohlwend, Präsident der Städteinitiative und inzwischen Stadtpräsident von Winterthur, begründete das verstärkte Engagement der Städte mit dem steigenden Armutsrisiko für Familien: «Die Städte müssen die Kinder- und Familienarmut mit der Sozialhilfe auffangen. Dafür ist diese aber nicht gedacht. Wir setzen deshalb auf eine Familienpoli-

tik, die Familien mit geringen Einkommen wirtschaftlich entlastet.» Einen wichtigen Platz hätten zudem soziale und andere Förderprojekte für Familien, allen voran die familienergänzende Kinderbetreuung. Die Städte hatten sich beim Nationalrat erfolgreich für die Anschubfinanzierung stark gemacht und wollen ihr Vorgehen beim Ausbau des Angebots koordinieren. Um einer sozialen Familienpolitik mehr Nachdruck zu verleihen, spannt die Städteinitiative mit der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen und anderen schweizerischen Organisationen zusammen.

«Sans-papiers»: Grundrechte gewährleisten

Silvia Zamora, Direktorin Soziale Sicherheit und Umwelt der Stadt Lausanne, stellte mit den «Sans-papiers» an der Konferenz ein Thema zur Diskussion, das die Westschweizer Städte als dringlicher erkannt haben als – bis heute – die Städte der deutschen Schweiz. Lausanne setzt sich mit den Widersprüchen auseinander, die sich aus der rechtlichen Stellung dieser Menschen ergeben, und erarbeitet einen Bericht zum Thema. Silvia Zamora plädierte dafür, die Grundrechte der «Sans-papiers» anzuerkennen und ihnen den Zugang zu den wichtigen sozialen und Gesundheitsdiensten zu sichern.

pd/gem

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Gerlind Martin (gem), Freie Journalistin, Bern
- Alexandra Richter, Fachfrau für Soziales, Mitarbeiterin der ZeSo
- Elisabeth Raaflaub, Fachbereichsleiterin SKOS, Bern